



Presseschau vom 29.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends:

Lug-info.com: Mitarbeiter des Staatssicherheitsministeriums der LVR haben die Aktivität der nicht in der Republik zugelassenen religiösen Sekte „Zeugen Jehovas“ unterbunden, deren Mitglieder den Sicherheitsdienst der Ukraine und neonazistische Gruppierungen unterstützt haben. Dies teilte der stellvertretende Staatssicherheitsminister der LVR Alexandr Bassow mit.

„Vom MfS der LVR wurde die Aktivität der nicht registrierten religiösen Organisation „Zeugen Jehovas“ unterbunden, die für den Sicherheitsdienst der Ukraine und neonazistische Gruppierungen arbeitete“, sagte er.

„Im Ergebnis von operativen Ermittlungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass diese Organisation nicht nur gegen die Gesetzgebung der LVR verstoßen hat, sondern auch ein aktiver Agent des Sicherheitsdienstes der Ukraine in der LVR ist. Bei der Durchsuchung der Räumlichkeiten der religiösen Organisation „Zeugen Jehovas“ in Lugansk und in Altschewsk wurden Agitationsmaterialien beschlagnahmt, die nazistische Symbolik enthalten, sowie Flugblätter mit Aufrufen zur Zusammenarbeit mit Spezialdiensten der Ukraine“, berichtete der stellvertretende Staatssicherheitsminister der LVR.

„Zuvor waren solche Agitationsflugblätter des Sicherheitsdienstes der Ukraine und „Nationalen Korpus Asow“ in Altschewsk geklebt worden“, sagte Bassow.

„Nach uns vorliegenden Informationen unterstützt die Organisation „Zeugen Jehovas“ auf dem Territorium des Lugansker Landes, das zeitweise von den ukrainischen Truppen besetzt ist, radikale neonazistische Gruppierungen und andere als terroristisch eingestufte bewaffnete

Formationen, deren Tätigkeit in der LVR verboten ist. Insbesondere hat diese religiöse Organisation eine ihrer Räumlichkeiten unentgeltlich der extremistischen Organisation „Rechter Sektor“ zur Nutzung überlassen“, teilte er mit.

„Während der Durchsuchungen haben Mitarbeiter des MfS der LVR auch Datenträger mit Materialien gefunden, die aufgrund der Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe Hass und Feindschaft säen, die Ehre und Würde des Menschen erniedrigen. Inzwischen wurden alle gedruckten und elektronischen Materialien, die in den Büros der „Zeugens Jehovas“ konfisziert wurden, zur Durchführung einer komplexen Expertise und zur weiteren Ermittlung weitergegeben“, fügte der stellvertretende Minister hinzu.

de.sputniknews.com: Hilfe für Donbass-Einwohner: Deutschland wird Unicef zusätzliches Geld bereitstellen

Deutschland wird ein Nothilfeprojekt des UN-Kinderhilfswerks Unicef, laut dem die Einwohner des Donbass Hilfe bekommen, mit zusätzlichen 1,5 Millionen Euro unterstützen. Der Pressedienst der deutschen Botschaft in der Ukraine teilte am Montag mit, diese Hilfe komme unmittelbar besonders schutzbedürftigen Teilen der Bevölkerung zugute, die unter dem Konflikt im Donbass leiden, und zwar Neugeborenen, Kindern und ihren Müttern, Jugendlichen und älteren Menschen. Die Botschaft merkte an, es gehe dabei insbesondere um eine verbesserte gesundheitliche und psychosoziale Betreuung, um eine gesicherte Versorgung mit Trinkwasser guter Qualität und um Maßnahmen zur Verbesserung sanitärer Verhältnisse. „Deutschland steht auch weiterhin solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine. Wir werden auch zukünftig Menschen helfen, die durch die Ereignisse in der Ostukraine in Not geraten sind. Unicef ist dabei einer unserer bewährten Partner“, zitiert der Pressedienst den deutschen Botschafter in der Ukraine, Ernst Reichel....

gefunden auf der Facebook-Seite der Russischen Botschaft in Deutschland: Kinder aus Deutschland zu Besuch im Ferienzentrums Artek auf der Krim

Im Juli/August 2017 besuchten 15 Kinder aus Deutschland das bekannteste Kinder-Ferien-Zentrum Russlands, Artek. Es liegt an der Südküste der Krim. RT Deutsch-Reporter Ulrich Heyden hat mit Kindern und Erziehern in dem Zentrum gesprochen und war erstaunt. Obwohl die Kinder in Artek ein voll gefülltes Programm haben und mehr Lernen als Urlaub machen, gefällt es allen. Man lerne viele neue Freunde aus anderen Ländern kennen und es gäbe starke emotionale Eindrücke, erzählten Kinder.

In Artek gibt es das ganze Jahr über dreiwöchige Ferien-Blocks mit jeweils 3.500 Kindern. Im Juli 2017 kamen die Kinder nicht nur aus Russland sondern auch aus der Ukraine, USA, Mexiko, China, der Schweiz, Frankreich und Deutschland. Angeboten wurden Kurse zum Rudern, Angeln, Reiten, Bergrettung, Fußball, Elektronik, Töpfern und vieles mehr.



https://scontent-frx5-1.xx.fbcdn.net/v/t1.0-9/21078560_815759728584319_4365070635480332362_n.png?oh=a4134f6bb711e0c251936b6984fb1484&oe=5A1AE7A2

de.sputniknews.com: „Russland ist nicht unser Feind“: USA könnten Militärbasen in Tschechien verlieren.

Die tschechische Regierung zieht in Betracht, die US-amerikanischen Militärbasen vom eigenen Staatsgebiet zu bannen, erklärte der tschechische Botschafter in Russland, Vladimir Remek, in einem Interview für die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Der Diplomat unterstreicht, dass sich in Prag die Meinung immer weiter verbreitet, man brauche keine ausländischen Militärbasen im Land.

Sollten die amerikanischen Militärs das Land wirklich verlassen müssen, wäre auch das US-Projekt des geplanten amerikanischen Raketenabwehrsystems in Osteuropa in Gefahr.

Misstrauen gegenüber dem „Sternenbanner“

Das fehlende tschechische Interesse an einer militärischen Kooperation mit Washington wird auch in der öffentlichen Meinung sichtbar. Die Tschechen befürchten, dass ihr Land wegen der US-Basen auf ihrem Territorium zwar zu einem Spielball der Großmächte im geopolitischen Poker in Europa werden könnte, aber keine entsprechenden Gegenleistungen bekommen würde.

Die Nato-Stationierung in dem Land wäre also keinesfalls ein Plus für die Sicherheit Tschechiens – eher sogar ein Minus.

Tschechien ist in dieser Frage auch deshalb so empfindlich, weil das Land bereits spürbare Verluste wegen der antirussischen Sanktionen erleiden musste. So hat sich der tschechisch-russische Handel wegen der US-Sanktionen von 14 Milliarden Dollar im Jahr 2012 auf nun etwa sechs Milliarden mehr als halbiert. Dies nährt die tschechische Ablehnung gegenüber den antirussischen Sanktionen bereits seit Jahren.

Auch die offiziellen Regierungsvertreter Tschechiens zeigen sich zunehmend solidarisch mit Russland. So hat der tschechische Präsident Miloš Zeman als einziges westliches Staatsoberhaupt die Siegesparade am 09. Mai 2015 in Moskau anlässlich des 70. Jahrestages des Sieges über Nazi-Deutschland besucht – ein symbolischer Schritt, der vermutlich sowohl in Brüssel und Washington als auch in Moskau gut verstanden wurde.

Als der amerikanische Botschafter in Tschechien Andrew J. Shapiro diesen Schritt im

tschechischen Fernsehen zu kritisieren versuchte, hat Zeman ihn abblitzen lassen – und hat ihn eine Zeit lang demonstrativ nicht mehr in der Präsidentenresidenz empfangen.

Tschechiens versuchte Neutralitätspolitik

Wie der stellvertretende Leiter des russischen Zentrums für politische Technologien, Alexej Makarkin, erklärt, ist das Hauptziel der tschechischen Politik, einen Konflikt zu vermeiden, der dem Land schaden könnte oder der das Land zum Spielfeld für ein geopolitisches Ringen der Großmächte machen würde.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei auch das positive Bild Russlands in der tschechischen Gesellschaft, welches auch auf dem historischen Gedächtnis beruht.

„Die Gesellschaft erinnert sich an die Zeit des 20. Jahrhunderts, als Russland der tschechischen nationalen Bewegung zur Seite stand. Die Tschechen bewerten sehr positiv die Tatsache, dass die Rote Armee einst Prag befreit hatte“, erläutert Makarkin.

Dennoch, es sei trotzdem unwahrscheinlich, dass Tschechien die US-Militärs in absehbarer Zeit aus dem Land dränge. Schließlich sehe sich das Land als einen festen Teil der EU und versuche nicht, EU-Werte oder Gesetze anzufechten, wie dies beispielsweise Ungarn oder Polen vermehrt täten.

Daher werden vermutlich die „diplomatischen Manöver fortgesetzt, um einen Kompromiss zwischen der öffentlichen Meinung und der transatlantischen Solidarität zu finden“, unterstreicht der Experte.

Die Rolle der tschechischen Kommunisten

Eine Rolle bei diesem politischen Spiel werden auch sicherlich die für Oktober angesetzten Wahlen spielen. Die aktuelle regierende Koalition, in der sich unter anderem die tschechischen Christdemokraten und Sozialdemokraten zusammengefunden haben, droht nach den Wahlen zu zerfallen. Der einzige neue Koalitionspartner wäre für die Sozialdemokraten dann die Kommunistische Partei – und da könnte eine gewisse pro-russische Rhetorik eine wichtige Rolle spielen.

Ein reales Zusammenfinden der Sozialdemokraten und der Kommunisten in Tschechien wäre eine innenpolitische Sensation, da sie den Grundlagen der Deklaration von 1995 widerspricht, die genau dies verbietet. Ministerpräsident Sobotka bezeichnete dieses Dokument jedoch als längst veraltet und lässt sich somit politischen Spielraum frei.

Eine Meinung, die wohl all dies zusammenfasst, äußerte Zeman im März 2017 auf Russisch: „Ich will, dass die Sanktionen enden. Ich will, dass sich beidseitig vorteilhafte Beziehungen entwickeln.“

de.sputniknews.com: Ist Russland für USA eine Bedrohung? – Trump vermeidet Antwort

Bei der Presse-Konferenz nach dem Treffen mit seinem finnischen Amtskollegen hat der US-Präsident es vermieden, einer Journalistin eine direkte Antwort auf die Frage zu geben, ob er Russland als Bedrohung betrachte.

Trump sagte, er glaube an eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland. Das werde gut für die ganze Welt sein. Eine Journalistin hat ihn direkt danach gefragt, ob er Russland als Bedrohung betrachte.

„Ich betrachte viele Länder als Bedrohung für die Sicherheit“, zitiert der Sender FoxNews den amerikanischen Staatschef.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Trump für gute Beziehungen: „Russland ist ein großes Land und Atommacht“

US-Präsident Donald Trump hofft, dass die Beziehungen der USA und Russlands sich eines Tages normalisieren werden. Das hat er bei einer Pressekonferenz mit dem Präsidenten Finnlands Sauli Niinisto am Freitag in Washington gesagt.

Trump betonte gegenüber den anwesenden Journalisten: „Ich sage es laut und deutlich, ich sagte es auch jahrelang: Ich denke, dass es eine prima Sache wäre, wenn wir wunderbare oder zumindest gute Beziehungen mit Russland hätten. Das ist sehr wichtig und ich glaube, dass es eines Tages geschehen wird.“ Russland sei ein sehr großes Land und eine Atommacht, mit der man zurechtkommen sollte.

Der US-Präsident nannte Finnland als Beispiel: Es sei ein Land, das gute Beziehungen zu Russland pflege, wobei die beiden Nachbarländer Respekt zueinander empfinden.

„Ich hoffe, dass die Vereinigten Staaten eines Tages auch eine sehr gute Beziehung zu Russland haben können. Ich denke, das ist sehr gut für den Weltfrieden und für andere Dinge.“

de.sputniknews.com: Moskau sieht Eskalationsgefahr in Korea: Seoul und Washington verantwortlich

Russland sieht laut dem Vize-Außenminister Sergej Rjabkow eine eindeutige Tendenz zu Eskalation auf der koreanischen Halbinsel. Die jüngsten gemeinsamen Manöver Südkoreas und der USA haben die Lage erschwert, so der Minister.

„Wir sind der Ansicht, dass diese Militärübungen, die in etwas leichteren Variante im Vergleich zu dem Ursprungsszenarium abgehalten wurden, trotzdem ihre Rolle beim Provozieren von Pjöngjang zu neuen Raketenstarts gespielt haben“, betonte Rjabkow. „Wir sind derzeit über die generelle Entwicklung der Ereignisse und darüber äußerst besorgt, welche Folgen die aktuelle Situation für die Sicherheit im nordöstlichen Asien haben kann.“ Laut übereinstimmenden Angaben aus Japan, Südkorea und den USA hatte Nordkorea am frühen Dienstagmorgen unangekündigt eine ballistische Rakete über japanisches Territorium hinweg abgeschossen. Die Rakete ist den Berichten nach etwa 2700 Kilometer weit geflogen und rund 1180 Kilometer östlich der nördlichsten Hauptinsel Hokkaido in den Pazifik gestürzt.

Japans Regierungschef Shinzo Abe bezeichnete den Raketentest als eine „beispiellose und ernsthafte Bedrohung“. Nach dem jüngsten Raketenstart in Nordkorea forderte Japan eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Krasnyj Jar, Losowoje und Kalinowka**. Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Ukraine erklärt Russland per Gesetz zum „Aggressor-Land“**

Im neuen ukrainischen Gesetz über die Reintegration des Donbass wird Russland als „Aggressor-Land“ bezeichnet. Das hat die Vertreterin des ukrainischen Staatschefs in der Werchowna Rada, dem Parlament, Irina Luzenko, am Dienstag im Kiewer Präsidentensender „5. Kanal“ angekündigt.

Das Gesetz sei zu 99,9 Prozent fertig und könne dem Parlament vorgelegt werden, erklärte Luzenko. Die Ukraine habe sich diesbezüglich auch von Teilnehmerländern des „Normandie-Formats“ beraten lassen (Russland, Deutschland, Frankreich)

„Erstmals wird auf gesetzlicher Ebene ein Begriff eingeführt, dass Russland ein Aggressor-Land ist“, sagte die Vertreterin von Präsident Petro Poroschenko. Das Reintegrationsgesetz berufe sich auf den 51. Artikel der UN-Charta über die Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffes auf ein Mitgliedsland der Vereinten Nationen.

„Das bedeutet, dass die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung hat“, fügte sie hinzu. „Das ist, ich wiederhole, kein Krieg, sondern Selbstverteidigung. Das ist auch für den Internationalen Währungsfonds, damit uns Geld gegeben wird, das ist für die Investoren“,. Das von Poroschenko vorgeschlagene Reintegrationsgesetz sieht vor, die von Kiew nicht kontrollierten Gebiete als „okkupiert“ einzustufen und die sogenannte Anti-Terror-Operation im Osten des Landes als „Militäroperation“ zu bezeichnen.

Das ukrainische Parlament hatte bereits im Januar 2015 eine Erklärung abgegeben, in der Russland als ein „Aggressor-Staat“ bezeichnet wurde. Kiew geht davon aus, dass Russland sich in die Angelegenheiten der Ukraine einmischt und eine Konfliktpartei im Donbass ist...

Lug-info.com: Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja – Versuch 70+n
„Es ist jetzt schon klar, dass die Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja nicht stattfinden wird. In jedem Fall gibt es von der ukrainischen Seite keinerlei Mitteilungen bezüglich dessen, dass sie bereit sind, ihre Verpflichtungen, die ich aus dem Mund des Vertreters Kiews in der Untergruppe zur Sicherheit Marutschko am 23. August gehört habe, zu erfüllen“, erklärte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnogo.

„Ich habe aus seinem Mund zum ersten Mal gehört, dass sieben Tage Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ aufgrund der Informationen in den OSZE-Berichten gezählt werden. Nach den Berichten der OSZE-Mission wurde am 22. August die letzte Verletzung im Trennungsgebiet in Staniza Luganskaja festgestellt, sie ist bisher die letzte und diese Verletzung erfolgte von der ukrainischen Seite aus“, erinnerte der Vertreter der LVR.

„Dort arbeitet jetzt rund um die Uhr eine Frontbasis der OSZE-Mission, die sich in Staniza Luganskaja befindet, rund um die Uhr befinden sich dort Beobachter, in den Berichten gibt es nichts Neues, die Videokameraaufnahmen aus diesem Gebiet haben nichts Neues ergeben“, sagte er.

de.sputniknews.com: Moskau: Estnische Akkreditierungsabsage für russische Medien schadet EU-Image

Russlands Außenministerium hat die Entscheidung der estnischen Regierung, Korrespondenten der russischen Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“ für das informelle Treffen der EU-Außenminister nicht zu akkreditieren, als „klare Diskriminierung“ verurteilt. Drei Korrespondenten der russischen Nachrichtenagentur hatten nach allen Regeln die Akkreditierung zu dem Gipfeltreffen beantragt und bekamen aufeinanderfolgend drei Absagen – ohne Erklärung der Gründe. Die Agentur war zum ersten Mal mit derartigen Einschränkungen beim Zugang zur Berichterstattung über die Ereignisse auf der Ministerebene unter der Schirmherrschaft von der EU konfrontiert.

„Eine offene Diskriminierung einer der größten Nachrichtenagenturen zeigt erneut, was die scheinheiligen Erklärungen der estnischen Regierung über die Anhänglichkeit der Redefreiheit und dem Zugang zu Informationen wert sind“, erklärte das russische Außenministerium. „Die restriktiven Maßnahmen Tallins schädigen das Ansehen der EU.“ Moskau rief vor diesem Hintergrund alle zuständigen internationalen Strukturen auf, diesem eklatanten Fall eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Rechte russischer Journalisten dürften nicht beeinträchtigt und müssten gesichert werden.

Zuvor hatte die Europäische Journalisten-Föderation (EJF) die Entscheidung des estnischen EU-Vorsitzes als eine „ernsthafte Attacke“ auf Medienfreiheit bezeichnet.

Nachmittags:

ukrinform.ua: Generalstab: Ukrainische Streitkräfte halten Waffenruhe ein.
Die ukrainischen Streitkräfte halten die seit dem 25. August angekündigte Waffenruhe in der Ostukraine ein. Das teilte der Generalstab der ukrainischen Armee auf Facebook mit.
Der Generalstab betonte, dass auch „die russischen Besatzungstruppen die Vereinbarungen über die Waffentruhe im Zusammenhang mit dem Schuljahresbeginn einhalten müssen“.
Nach Angaben des Generalstabs unterstützen die ukrainischen Soldaten im Donbass voll die Tätigkeit der OSZE-Beobachtermission.

de.sputniknews.com: Merkel über Aufhebung der Russland-Sanktionen: „... dann stehen die Chancen gut“

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich bei der großen Sommer-Pressekonferenz in Berlin zu den Sanktionen gegen Russland und deren mögliche Aufhebung geäußert. Das berichtet der "Stern".

Die Sanktionen würden dann aufgehoben, wenn sie nicht mehr nötig sind, betonte die Kanzlerin. Ihr zufolge werden die Lösungen im Rahmen des Normandie-Formats gefunden. Ein positives Beispiel sei der Waffenstillstand im Donbass, der zum Anfang des Schuljahres erwirkt wurde.

„Wenn wir diese Agenda von Minsk umsetzen können, dann stehen die Chancen gut, dass die Sanktionen aufgehoben werden können“, so Merkel.

Zugleich äußerte die Kanzlerin die Meinung, dass die Wiedervereinigung der Krim mit Russland aus ihrer Sicht völkerrechtswidrig gewesen sei.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31721/75/317217586.jpg>

Dan-news.info: „Etwa 70 Prozent des beschädigten Wohnraums ist wieder aufgebaut. Die sozialen Objekte sind fast zu 100 Prozent wieder aufgebaut“, teilte der stellvertretende Bürgermeister von Ilowajsk Konstantin Ustimenko mit. „Für diejenigen, deren Wohnraum vollständig zerstört wurde, wurden 34 Häuser gebaut“.

Ustimenko erläuterte, dass unter den wiederaufgebauten Objekten 27 Mehrparteienwohnhäuser sind, auch 286 private Häuser wurden in das staatliche Wiederaufbauprogramm aufgenommen, etwa 150 in das humanitäre Programm des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Unter den sozialen Objekten in der Stadt wurden drei Schulen und genauso viele Kindergärten wiederaufgebaut, die Arbeiten zum Wiederaufbau des städtischen Krankenhauses sind abgeschlossen, eine Erste-Hilfe-Station

wird gerade fertiggestellt. Außerdem haben die Mitarbeiter der Eisenbahn den Sportkomplex „Lokomotiw“ und den Kulturpalast der Eisenbahner grundlegend saniert. „Jeden Tag treffen wieder Menschen in der Stadt ein. Alle drei Kindergärten sind bei uns in diesem Jahr voll belegt. Wir haben auch freie Stellen bei der Eisenbahn, die anfang zu arbeiten, nachdem sie unter äußere Leitung gestellt wurde“, unterstrich der stellvertretende Bürgermeister.

Wir erinnern daran, dass Ilowajsk eine der am meisten von Konflikt betroffenen Städte der DVR ist. Es wurde im Sommer 2014 von ukrainischen Truppen angegriffen. Damals gelang es den Milizen, den Gegner einzukreisen. Der „Ilowajsker Kessel“ wurde zum Symbol für die Zerschlagung der Armee der Ukraine. Beim Abzug aus dem „Kessel“ verloren die ukrainischen Streitkräfte mehr als 1000 Soldaten. Die Stadt wurde am 29. August 2014 befreit. Jetzt befindet sie sich im Hinterland. Die Wiederaufbauarbeiten gehen weiter.

Ukrinform.ua: Vertreter der Freiwilligenbataillone „Donbass“, „Krywbas“, „Cherson“, Angehörige der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde der Ukraine gedenken der Opfer der Schlacht von Ilowajsk.

Die Gedenkzeremonie zum dritten Jahrestag der Tragödie begann am Mychajliwska-Platz in Kiew mit Nationalhymne und einer Schweigeminute, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Viele Einwohner kamen mit Blumen, um die Opfer zu ehren. Im Hof der Die St. Michaelskathedrale wurde der symbolische „Korridor des Todes“ aus verwelkten Sonnenblumen errichtet. Neben jeder Blume sind Fotos von gefallenen Soldaten. Es fand auch ein Gottesdienst statt.

Nach Angaben der Veranstalter wurden bei Ilowajsk 26 Einheiten, praktisch alle Freiwilligenbataillone eingekesselt.

Die Gedenkfeier besuchten keine Regierungsbeamten und keine Vertreter der Militärführung. Ein Gottesdienst die Ilowajsk-Opfer fand auch auf Friedhof Krasnopilske in der Stadt Dnipro statt.

Ende August 2014 wurden Einheiten der ukrainischen Armee unweit von Ilowajsk, Region Donezk, eingekesselt. Die russischen Truppen, die in die Ukraine einmarschiert waren, nahmen einen vereinbarten Korridor für den Rückzug der ukrainischen Soldaten unter Beschuss. Nach offiziellen Angaben sind 366 ukrainische Soldaten getötet und 429 verwundet worden.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_08/1504003531-6755.jpeg

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen): Die ukrainische Regierung spart weiter an der Versorgung der eigenen Armee. So wurde uns bekannt, dass in Folge der Lieferung qualitativ minderwertiger und abgelaufener Lebensmittel allein am 27. und 28. August 12 Soldaten der 58. Brigade mit Anzeichen einer schweren Magen-Darm-Infektion in das 59. Militärhospital eingeliefert wurden. Die Soldaten, die von den Kommandeuren im Stich gelassen wurden, sind gezwungen Lebensmittel in jeder möglichen Weise zu beschaffen. In diesem Zusammenhang haben die Fälle von Plünderung, Diebstahl, Verkauf von Waffen und Munition an die örtliche Bevölkerung zugenommen. Bis heute hat die ukrainische Seite keinerlei Aktivitäten unternommen, um ihre Kräfte und Mittel am Abschnitt Nr. 1 abzuziehen und hat auch nicht ihre Bereitschaft zu solchen Aktivitäten bestätigt. Wir hoffen, dass die ukrainische Führung dennoch den Mut findet, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und nicht beginnt, ein weiteres Mal Gründe für die Sabotage der Trennung von Kräften und Mitteln zu finden. Wie wir zuvor erklärt haben, ist die Volksmiliz der LVR immer bereit, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Ungeachtet des vollständigen Verbotes der Nutzung des Luftraums in der Konfliktzone betreiben die ukrainischen Streitkräfte Luftaufklärung im Gebiet von Shelobok und Frunse. Diese Tatsache zeugt von der Möglichkeit der Vorbereitung provokativen Beschusses. Unter Nutzung des „Schulwaffenstillstands“ errichten die ukrainischen Streitkräfte weitere Befestigungen in einer Reihe von Gebiete der „ATO“-Zone. Nördlich der Brücke von Staniza Luganskaja, im für die Trennung von Kräften und Mitteln vorgesehenen Bereich, wurden die Ankunft von Personal in Stärke eines Zuges sowie eines Krans und Lastwagen mit Betonblöcken bemerkt.

de.sputniknews.com: **Russland als Sündenbock - Kiew hat keine Lust mehr auf Donbass-Probleme**

Die Ukraine will Russland offiziell zu einem „Aggressor-Land“ erklären. Das hat die Oberste Rada (Parlament) am Dienstag verlautbart. Kiew versucht dadurch seine Verpflichtungen in den außer Kontrolle stehenden gebieten Donezk und Lugansk abzugeben. Das sagte der politische Analyst vom Beobachtungszentrum CIS-EMO, Stanislaw Byschok in einem Interview mit Radio Sputnik. „Dieses Dokument soll man nicht als einen Plan ‚zur Reintegration vom Donbass‘ verstehen, sondern als einen Plan ‚zur formellen Loslösung vom Donbass‘“, betonte er. „In Kiew und Washington überlegt man folgendes: Unter dem Vorwand, dass ‚Russland an allem schuld‘ ist, lasst uns halboffiziell erklären, dass dieses Territorium nicht mehr zu uns gehört. Lasst Moskau sich darum kümmern und beim Wiederaufbau helfen.“ Die Logik dahinter sei ganz einfach: Wenn Kiew sagt, dass Russland ein „Aggressor-Land“ sei und es sich bei dem Donbass-Konflikt um keinen Bürgerkrieg handele, dann müsse es die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und ihre Vertreter auch nicht mehr ernst nehmen, so der Experte. „Wenn man den Konflikt also nicht beenden will, spricht man von einem Außenfaktor, der diesen beeinflusst. Dann kann man diese Situation einfrieren und auf die sozialen Leistungen auf diesem Territorium sowie auf den Wiederaufbau verzichten“, so der Analyst abschließend. Zuvor hatte die Vertreterin des ukrainischen Staatschefs in der Obersten Rada, Irina Luzenko, im Kiewer Präsidentensender „5. Kanal“ angekündigt, dass im neuen ukrainischen Gesetz über die Reintegration des Donbass Russland als „Aggressor-Land“ bezeichnet werde. Das Gesetz sei zu 99,9 Prozent fertig und könne dem Parlament vorgelegt werden, erklärte

Luzenko. Die Ukraine habe sich diesbezüglich auch von Teilnehmerländern des „Normandie-Formats“ beraten lassen (Russland, Deutschland, Frankreich).

armiyadrn.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite hat weiterhin offen ihren Unwillen gezeigt, die erreichten Vereinbarungen zu einer Feuereinstellung im Zusammenhang mit dem neuen Schuljahr einzuhalten.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **33 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner wieder Panzer, Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **acht Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurde zwei Panzergeschosse, 46 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 110 des Kalibers 82mm abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** hat der Gegner Mörser des Kalibers 82mm verwendet und 15 Mörsergeschosse auf **zwei Ortschaften** und die umliegenden Gebiete abgefeuert sowie Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

Am intensivsten wurden **Jasinowataja, Spartak und das Gebiet des Donezker Flughafens** vom Gegner unter Verwendung von 120- und 82mm-Mörsern beschossen, der Gegner verwendete auch einen Panzer, mit dem von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus geschossen wurde.

Der Beschuss wird auf Befehl der Kommandeure auf der taktischen Ebene von Einheiten der 57. Panzergrenadierbrigade und der 72. mechanisierten Brigade durchgeführt. Dies zeugt von der Unfähigkeit der Kommandeure dieser Brigaden, Krasilnikow und Sokolow, eine Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ von ihren Untergebenen zu erreichen. In den genannten Brigaden blühen der Alkoholismus und die Drogensucht. Die ukrainischen Soldaten konnten in keiner Weise nach den vergangenen Feiertag, dem Tag der Flagge und dem Tag der „Abhängigkeit“ der Ukraine wieder nüchtern werden. Und die Auszeichnungen, die von ihrem Schutzherrn Poroschenko am 28. August gebracht worden sind, haben die ohnehin übergeschnappten ukrainischen Soldaten noch mehr zu Beschießungen von Ortschaften der Republik ermuntert.

Es sind auch Aktivitäten von Scharfschützengruppen zu bemerken, die unter Leitung ausländischer Instrukteure ausgebildet wurden. Erheblich aktiver sind die Scharfschützen aus der 53. und der 72. mechanisierten Brigade sowie der 128. Gebirgsjägerbrigade im Gebiet von Awdejewka und Sajzewo geworden.

Leider muss festgestellt werden, dass der kürzlich eingeführte „Schulwaffenstillstand“ ausschließlich einseitig von den Einheiten der Streitkräfte DVR eingehalten wird. Dabei führen die ukrainischen Soldaten, die das Regime der Feuereinstellung nicht einhalten wollen, weiter provokativen Beschuss durch, der auf einen Bruch des ohnehin zerbrechlichen Waffenstillstands gerichtet ist, und beschuldigen dabei die Republik dessen.

de.sputniknews.com: Darum braucht EU bessere Beziehungen zu Russland – Juncker
EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am Dienstag bei der Konferenz der EU-Botschafter in Brüssel aufgeklärt, warum die EU über eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland nachdenken sollte.

„Ich glaube, dass wir über bessere Beziehungen zu Russland nachdenken sollten. Das hängt sowohl von Russland als auch von uns ab. Aber man kann die europäische Sicherheit für die nächsten Jahrhunderte nicht ohne Russland aufbauen“, so Juncker.

Er fügte hinzu, es müsse eine passendere Rhetorik in den Beziehungen zu Russland gefunden werden ohne auf die Prinzipien zu verzichten.

Juncker betonte, die Beziehungen zwischen Russland und der EU sollten der Zukunft besser entsprechen...

de.sputniknews.com: Eisenbahnbogen der Krim-Brücke fertig montiert.

Der 6000 Tonnen schwere Eisenbahnbogen für die Brücke über die Straße von Kertsch ist auf Pfeilern 35 Meter hoch über dem Wasser montiert worden. Die Montagearbeiten dauerten rund 12 Stunden.

Die Brücke, die eine Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen Russland und der Halbinsel Krim ermöglichen wird, soll auch den reibungslosen Schiffsverkehr zwischen dem Schwarzen und dem Asowschen Meer gewährleisten.

Mit einer geplanten Länge von 19 Kilometern gilt sie als eines der schwierigsten Bauprojekte Russlands.

Geplant ist, die Brücke Ende Dezember 2018 für den Autoverkehr und 2019 für den Eisenbahnverkehr freizugeben.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/Be1A9dcdOsw" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Be1A9dcdOsw>

Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte führen einen massiven Beschuss der Positionen der Volksmiliz der LVR in dem Gebiet durch, wo zuvor eine Drohne der ukrainischen Streitkräfte bemerkt wurde. So wurde um 10:25, 12:35, 14:30 und 15:20 das Territorium der LVR aus Richtung Kriymskoje in Richtung Frunse beschossen“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Der Gegner hat 82mm-Mörser, Granatwerfer und Schusswaffen, auch großkalibrige, verwendet“, sagte der Vertreter der Volksmiliz.

de.sputniknews.com: Worauf zielt Nato-Hysterie um russisch-weißrussisches Großmanöver? – Experte:

Die Nato-Hysterie um das russisch-weißrussische Manöver „Zapad 2017“ („Westen 2017“) ist darauf ausgerichtet, dass die Mitglieder der Allianz zusätzliche Geldmittel für die Verteidigung ausgeben. Das hat der polnische Publizist Konrad Rękas in einem Interview mit Sputnik gesagt.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte vor kurzem Polen und unter anderem den Stützpunkt Orzysz im Nordosten des Landes besucht. Laut dem Chef des polnischen Amtes für Nationale Sicherheit, Paweł Soloch, diene diese Reise als ein „klares, politisches Signal“ an Moskau. Vor allem handele es sich um die bevorstehenden russisch-weißrussischen Übungen „Zapad 2017“ („Westen 2017“), die von 14. bis 20. September in Weißrussland stattfinden sollen.

Der polnische Publizist Konrad Rękas kommentierte gegenüber Sputnik den jüngsten Polen-Besuch von Stoltenberg und die Nato-Hysterie um die Militärübungen Russlands und Weißrusslands.

Die Einstellung Polens, vor allem im Ministerium für nationale Sicherheit des Landes, sowie Litauens, das die Hysterie um die Militärübungen „Zapad 2017“ in Weißrussland publik macht, ist dem Experten zufolge verständlich. Stoltenberg, der zuvor den Anweisungen von Hillary Clinton gefolgt sei, die die internationale Finanzwelt vertreten habe und an einer Zuspitzung der militärischen Drohungen und sogar an einem Krieg interessiert gewesen sei, habe sich schnell an die neue US-Administration gewöhnt. US-Präsident Donald Trump benötige keinen realen Krieg, zumindest in Europa. Trump habe Interesse, die Nato-Länder unter Druck zu setzen, damit sie mehr für die Verteidigung zahlen. In diesem Zusammenhang besuche Stoltenberg, so der Experte, Polen, um die Polen für deren Ausgaben im Wert von

zwei Prozent vom BIP und für den Kauf der unnötigen Technik zu loben.

Der Westen führt Rękas zufolge ein zynisches Spiel, dessen Ziel es ist, die unnötige US-Militärtechnik zu verkaufen. Es gebe immer Personen in Warschau, Vilnius und Bukarest, die gerne diese Technik kaufen und Haushaltsgeld (obwohl die Haushalte tatsächlich leer sind) ausgeben und damit die Wirtschaftsreformen bremsen würden. Einerseits gehe es um Verrückte, andererseits um zynische Spieler.

In Bezug auf die Übungen „Zapad 2017“ in Weißrussland verwies der Experte darauf, dass sie gemäß allen OSZE-Normen und auch unter Teilnahme von Beobachtern stattfinden würden.

„Man sollte die Vertreter Polens und der Nato, die plötzlich begonnen haben, von Sorgen über eine große Präsenz der Militärs an den Nato-Grenzen zu sprechen, fragen: Hat vielleicht jemand die Grenzen der Nato verschoben?“ In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass man trotz internationaler Vereinbarungen, die von der Allianz in den 90er Jahren geschlossen worden sind, die Nato-Grenzen außerhalb aller Sicherheitsgrenzen erweitert habe. „Das ist ein aggressiver Verbund, der auf einer Militärdoktrin beruht“, der sich mit Bombardements der Länder beschäftige, über deren Schuld nur Gott Bescheid wisse. Die einzige Quelle der Bedrohung ist laut Rękas die Nato selbst.

Die russisch-weißrussischen Übungen „Zapad 2017“ („Westen 2017“) finden von 14. bis 20. September in Weißrussland statt. Daran sollen bis zu 12700 Soldaten – 7200 weißrussische und 5500 russische – teilnehmen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31711/54/317115403.jpg>

Abends:

armiyadnr.su: Am Montag, dem 28. August, wurde im Siegespark in Donezk das Andenken der durch die ukrainischen Strafsoldaten getöteten Kinder geehrt. Um Blumen niederzulegen kamen der stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte der DVR Oberst Eduard Basurin, der Informationsminister der DVR Igor Antipow, Vertreter der Bezirksverwaltungen, von gesellschaftlichen Organisationen und örtliche Einwohner.

Das Andenken der Toten wurde mit einer Schweigeminute und dem Niederlegen von Blumen und Kuscheltieren am Denkmal mit den Namen der durch Beschuss getöteten Kinder des Donbass geehrt.



http://armiyadnr.su/uploads/posts/2017-08/medium/1504022751_20170828-img_3854.jpg